

INHALT

Schwerpunkt: Die Kommunalwahlen 2014

Wachsende politische Polarisierung	2
▪ Hoher Anstieg der Wahlberechtigten	
▪ Mangelnde Information zu Wahlergebnissen	
▪ Große Parteien gewannen	
▪ Stimmensplitting	
▪ Wahlentscheidung	
▪ Friedensprozess und HDP	
▪ Fairer Wahlkampf	
▪ Wahlverlauf	
▪ Einsprüche	
▪ Auswirkungen	

Nachrichten

1. Innenpolitik	5
▪ Die drei Amtsperioden der AKP	
▪ „Parallelstaat“ und Korruptionsvorwürfe	
▪ Konflikt um den Rechnungshof schwelt weiter	
▪ Hoher Rat der Richter und Staatsanwälte	
▪ Gesetz zur Abschaffung der Nachhilfesschulen	
▪ Verstärkte Kontrolle des Internets	
▪ Pressefreiheit	
▪ Demokratiegelgesetz	
▪ Geheimdienstgesetz	
▪ Termin für die Präsidentenwahl festgelegt	
▪ Nachklang der Gezi Park-Proteste	
▪ Friedensprozess wird fortgesetzt	
▪ Politische Verfahren	
2. Wirtschaftspolitik	9
▪ Türkische Lira unter Druck	
▪ Arbeitslosigkeit erneut auf 10 Prozent gestiegen	
▪ Trockenheit in vielen Landesteilen	
3. Außenpolitik	10
▪ Neuer Start der Zypern-Verhandlungen	
▪ Türkei-Bericht des Europaparlaments	
▪ Erdoğan Besuch in Brüssel und Berlin	
▪ Hollande-Besuch	
▪ Neuer Streit um Öl aus dem Nord-Irak in Sicht	
▪ Krim-Referendum inakzeptabel	
4. In eigener Sache	11
▪ Schwerpunkt: Die Kommunalwahlen 2014	

Schwerpunkt: Die Kommunalwahlen 2014

Wachsende politische Polarisierung

Die Kommunalwahlen vom 30. März 2014 fanden in einer außerordentlich spannungsgeladenen Atmosphäre statt. Obgleich mit Korruptionsvorwürfen und Enthüllungen konfrontiert, gelang es der AKP ihr Ergebnis von 2009 um 6 Prozent auf über 44 Prozent zu verbessern. Die Zuwächse für die Opposition fielen bescheiden aus. Zahlreiche Kommentatoren erklären jedoch auch, dass gerade die Zuspitzung auf Korruption und Diktaturvorwürfe zum Wahlerfolg der AKP beigetragen haben.

Gewählt wurden am 30. März 30 Oberbürgermeister und die 519 Bürgermeister der Großstadtbezirke mit ihren Stadtparlamenten. Außerdem 1.394 Bürgermeister in Kommunen, 51 Bürgermeister von Provinzhauptstädten und rund 400 Kreisstädten mit ihren Stadträten. 13 der 30 Großstädte sind neu und wurden erst mit dieser Wahl ins Leben gerufen.

Die AKP konnte sich in Ankara und Istanbul behaupten. Antalya und Ordu gewann sie von der CHP, Balıkesir von der MHP dazu. Sie stellt in 49 Provinzhauptstädten und 561 Kreisstädten den Bürgermeister. Die CHP konnte sich landesweit um 5 Prozent steigern, stellt in Izmir und Eskişehir den Oberbürgermeister und setzte sich in 13 Provinzhauptstädten sowie 161 Kreisstädten durch. Die MHP gewann 8 Provinzhauptstädten und 101 Kreisstädten, während die BDP die Zahl der Provinzhauptstädte auf 10, die der Kreisstädte auf 67 steigern konnte.

Eine 2012 durchgeführte Gesetzesänderung schuf nicht nur 13 neue Großstädte, sondern legte zugleich fest, dass die Grenzen von Großstädten mit den Provinzgrenzen zusammenfallen. Dies hat beträchtliche Auswirkungen auf die Kommunalwahl, da die politische Orientierung der Landbevölkerung in der Türkei eher konservativer ist als die der Stadtbevölkerung. In einigen Großstädten hat dies der AKP durchaus geholfen. So fielen das zuvor von der MHP regierte Balıkesir und die von der CHP regierte Stadt Ordu bei dieser Wahl an die AKP. Bürgermeisterwechsel gab es auch in Urfa, Hatay und Mardin. Urfa war 2009 von dem unabhängigen Kandidaten Fakıbaşa errungen worden. Doch dieser war zuvor AKP-Politiker und trat nach der Wahl wieder in die Partei ein. Für die Wahl in Hatay als Grenzprovinz zu Syrien mit hohem alevitischem Bevölkerungsanteil spielt nicht zuletzt die Syrienpolitik der Regierung eine wichtige Rolle. In Mardin bot die kurdische Bewegung mit Ahmet Türk, der als unabhängiger Kandidat antrat, einen ihrer prominentesten Politiker auf.

Hoher Anstieg der Wahlberechtigten

Die Zahl der Wahlberechtigten wird mit 52,7 Millionen angegeben. Bei der Parlamentswahl 2011 waren es noch 50,2 Millionen, d.h. innerhalb von drei Jahren gab es einen Zuwachs von 2,5 Millionen neuen Wählern. Zwar liegt dieser Zuwachs über dem Bevölkerungsanstieg, je-

doch wird darauf hingewiesen, dass sich ein langsamer Wandel in der Altersstruktur der türkischen Gesellschaft vollzieht, der für diesen Effekt verantwortlich gemacht wird. Eine Auswertung der Kandidatenlisten für Bürgermeisterämter durch die Frauenkoalition ergab, dass nur 3,3 Prozent aller Bewerber Frauen waren.

Mangelnde Information zu Wahlergebnissen

Zu den Besonderheiten der Kommunalwahl 2014 gehört, dass auch Tage nach der Abstimmung noch an zahlreichen Orten mit Bewegung zu rechnen ist. Eine genaue Angabe der Wahlergebnisse und Wahlrends ist nicht möglich, weil keine offiziellen vorläufigen Ergebnisse veröffentlicht wurden. Der nationale Wahlrat hat beschlossen, erst die abschließenden Wahlergebnisse zu veröffentlichen. Die derzeitigen Wahlergebnisse beruhen auf Zusammenstellungen von Einzelergebnissen der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı sowie der der Gülen Bewegung nahestehenden Nachrichtenagentur Cihan. Nun zeigte sich am Wahlabend, dass die Ergebnistrends in der Berichterstattung beider Nachrichtenagenturen sehr deutliche Unterschiede aufwiesen.

Dennoch erwachte die Türkei am 31. März 2014 mit einem Ergebnis. Die Wahlrends der vergangenen Jahre haben sich fortgesetzt. Thrakien, weite Teile der Ägäisküste und die Mittelmeerküste sind weiter Schwerpunkte der CHP. Die MHP konnte ihre Position in Mersin, Adana und Manisa ausbauen. Die AKP dominiert Zentralanatolien und weite Teile der Schwarzmeerküste, die BDP Südostanatolien. Als Veränderungen kann bewertet werden, dass die MHP in Nordost-Anatolien, in Kars und Iğdır Erfolge verbuchen konnte. In Istanbul und Ankara verbuchte die CHP Zuwächse.

Große Parteien gewannen

Die Stimmanteile der Parteien in ihren Hochburgen haben sich häufig vergrößert. Demgegenüber existiert die CHP in vielen Provinzen im Osten mit Stimmanteilen unter 1% als politische Kraft praktisch nicht. Die Gründung der Linkspartei HDP aus der BDP heraus brachte ihr zwar die Unterstützung der BDP-Basis, hatte aber kaum Ausstrahlung auf neue Wählergruppen. Eine parteiübergreifende Koalition gegen die AKP, die im Vorfeld der Wahl vielfach diskutiert wurde, war nicht zu erkennen. Insbesondere in der Mittelmeer-Region sowie der westlichen und mittleren Schwarzmeerregion, in der sowohl MHP als auch CHP über bedeutende Stimmpotenziale verfügen, traten sie gegeneinander an und schwächten sich so gegenseitig.

Die Deutlichkeit regionaler Wählerpräferenzen kann zu einem Teil aus der politischen Kultur in den Regionen erklärt werden. Dies gilt umso für eine Kommunalwahl, bei der lokale Akteure im Vordergrund stehen. Doch angesichts eines politischen Klimas, das in den vergangenen Monaten von einer Art Ausnahmezustand gekennzeichnet war, hat die Frontenbildung, d.h. die Identifikation mit dem eigenen politischen Lager Lokales und Inhaltliches überlagert.

Die AKP hat es vermocht, die Korruptionsvorwürfe und Telefonmitschnitte führender AKP-Politiker mit Justiz und Medien auf Manipulation und Einflussnahme der Gülen Bewegung zu reduzieren, was die Opposition nicht hat ändern können. Während Ministerpräsident Erdoğan zum „Befreiungskrieg“ aufrief und seine Gegner des Vaterlandsverrats bezichtigte, war er für seine Gegner der „Dieb“ und „Diktator“.

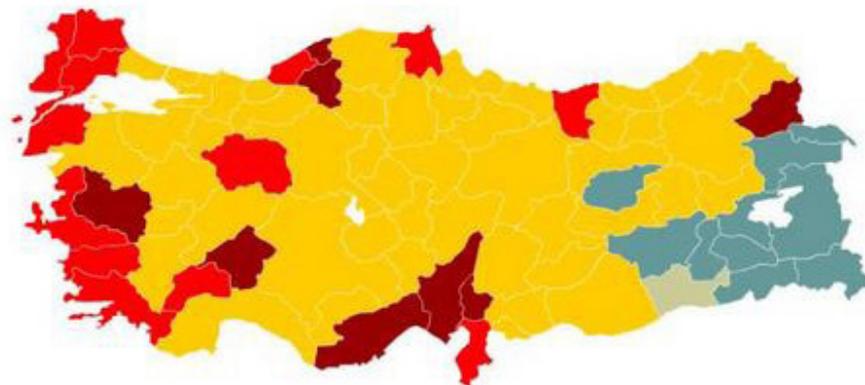
In einem solchen Klima treten Wahlprogramme schnell in den Hintergrund. Nach 20jähriger Regierung durch die AKP gehört die Lösung der Verkehrssituation zu einem der brennendsten Probleme Istanbuls. Auch im Hinblick auf die Stadtplanung, die Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume wie Plätze, Gehsteige und Parks, in der Kulturpolitik bis hin zur Infrastruktur gibt es ein beträchtliches Unzufriedenheitspotenzial. Nicht zuletzt deshalb war eine Kernbotschaft des CHP- Herausforderers Mustafa Sargül an den amtierenden Oberbürgermeister Kadir Topbaş, dass es „Zeit für einen Wechsel“ sei, die „verbrauchte“ AKP abgelöst gehört. Gleichwohl deuten die Ergebnisse an, dass es ihm nicht gelungen ist, mit Sachthemen und Projekten in Stadtbezirken zu punkten, deren Wählerschaft AKP-orientiert ist. Umgekehrt bemühte sich der frühere Verkehrsminister und AKP-Oberbürgermeisterkandidat für Izmir, Binali Yıldırım, vergeblich, die Defizite der amtierenden CHP-Verwaltung zum Thema zu machen.

Zu diesem Bild passt, dass trotz aller Unzufriedenheit mit den großen Parteien, kleinere Parteien bei dieser Kommunalwahl deutlich schlechter abschnitten und sich die Stimmen insbesondere bei den Bürgermeister- und Oberbürgermeisterkandidaten bei den großen Parteien sammelten, obwohl bei vorangegangenen Kommunalwahlen kleine Parteien lokal eher eine Chance hatten.

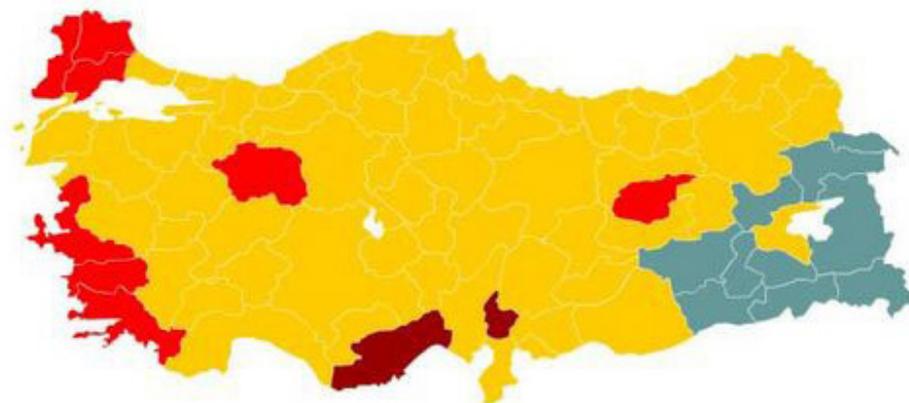
Stimmensplitting

Ein weiteres Detail ist das Abstimmungsverhalten bei den Wahlgängen. Für die Bewertung der landesweiten politischen Entwicklungen werden bei den Kommunalwahlergebnissen in der Regel entweder die Abstimmungsergebnisse bei Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der Provinzhauptstädte oder aber die Ergebnisse für den Provinzrat herangezogen. Dabei zeigten sich in 13 Provinzen markante Unterschiede zwischen Bürgermeisterwahl und Provinzratswahl. Während beim Provinzrat eher die Partei gewählt wurde, mit der sich der Wähler verbunden fühlt, zeigt sich bei den Bürgermeistern häufiger ein taktisches Abstimmungsverhalten. Dies ist auch leicht verständlich, weil es sich bei der Bürgermeisterwahl um eine Mehrheitswahl, bei der des Provinzrates um eine Verhältniswahl handelt. In der folgenden Grafik zeigt die obere Karte die Ergebnisse der Bürgermeisterwahl und die untere die der Provinzräte im Überblick. Gelb sind die me Provinzen markiert in denen die AKP gewann, Blau die BDP-Provinzen, Rot die CHP-Provinzen und Bordeaux die MHP-Provinzen.

Karte 1: Ergebnis der Bürgermeisterwahlen in Großstädten und Provinzstädten (Gelb - AKP, Rot - CHP, Bordeaux - MHP, Blau - BDP und Grau - unabhängig)



Karte 2: Ergebnis der Wahl zu den Provinzräten (Farben wie oben)



Dieses Ergebnis widerspiegelt zahlreiche Meinungsumfragen. Während Recep Tayyip Erdoğan als populärster Politiker gleichzeitig Markenzeichen der AKP ist, werden die AKP-Regierung und vieler ihrer politischen Positionen häufig kritisch beurteilt. Für seine Anhänger, die sich über Jahrzehnte als ausgegrenzt und diskriminiert empfanden, ist Erdoğan eine Identifikationsfigur, die ihnen endlich zu Geltung verholfen hat. Hinzu kommt, dass ihre Kompetenzerwartung gegenüber anderen Politikern und Parteien gering ist. Bezogen auf die Korruptionsvorwürfe wird häufig darauf verwiesen, dass auch andere Politiker zuvor korrupt gewesen seien, die AKP sich aber wenigstens für die Bürger einsetzt.

Wahlentscheidung

Eine vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS für die Doğan Mediengruppe in Auftrag gegebene Untersuchung zeigt, dass für die Wähler die Parteiführer und die Arbeit der Parteien ausschlaggebend für ihre Entscheidung gewesen seien. Bei den AKP-Wählern fällt auf, dass deren Wahlentscheidung schon bereits bis zu vier Monate vor der Wahl getroffen war, weshalb sie sich unbeeindruckt von der Kampagne um die Gülen Bewegung und die Korruptionsvorwürfe zeigten. Für CHP und MHP-Wähler allerdings waren diese Vorgänge zusammen mit dem Internetgesetz sowie der Blockade von Twitter und Facebook für die Wahlentscheidung bedeutend. Für alle drei genannten Wählergruppen spielte Erdoğan eine entscheidende Rolle für ihr Wahlvotum – wenngleich in unterschiedlicher Weise. AKP-Wähler gaben zu 86 % an, dass Erdoğan für sie Entscheidungskriterium für die AKP war, bei der CHP waren es 84 % dagegen.

Friedensprozess und HDP

Im Südosten hatte der im vergangenen Jahr von der Regierung initiierte Friedensprozess Auswirkungen auf den Wahlverlauf. In den Gebieten, in denen die BDP ohnehin bereits stark war, hat sie weiter dazugewonnen. Hinzu kommt, dass im vergangenen Herbst aus der BDP heraus die HDP als neue Linkspartei gegründet wurde. Sie soll insbesondere in Gebieten auftreten, die nicht kurdisch geprägt sind. Beide Parteien konnten ihr Stimmaufkommen von 2,2 Mio. Stimmen bei der Kommunalwahl 2009 auf 3 Mio. Stimmen steigern.

Allerdings war die HDP nicht allzu erfolgreich eine Alternative für linke Wähler außerhalb der Kurdengebiete zu sein. Neben ihrer Gründung vor gerade einmal sechs Monaten spielte auch eine Rolle, dass die HDP an mehreren Orten durch massive Gewalt an der Führung ihres Wahlkampfes gehindert wurde. So wurde in Fethiye ein HDP-Büro von einer Menschenmenge so lange angegriffen, bis der Landrat das Parteiemblem von der Fassade entfernen ließ. Insgesamt berichtete die HDP von Februar bis Mitte März von 20 gewalttätigen Übergriffen auf Einrichtungen der Partei oder Wahlkampfveranstaltungen.

Die Zugewinne der MHP in Kars und Iğdır wiederum werden nicht zuletzt mit den Befürchtungen erklärt, die der Friedensprozess bei nationalistischen Türken auslöst.

In den von der BDP dominierten Gebieten bleibt die AKP zweitstärkste Partei. Man traut ihr trotz der Stagnation im Friedensprozess nach wie vor die Kompetenz und den Willen zu, eine politische Lösung des Kurden-Konflikts zu erreichen.

Fairer Wahlkampf

Die Wahl fand in einer äußerst aufgeheizten Atmosphäre statt und es kam während des Wahlkampfes immer wieder zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern unterschiedlicher Parteien. Dabei ist es - vielleicht mit Ausnahme der HDP - schwierig auszumachen, ob das Gewaltniveau höher lag als bei vorangegangenen Wahlkämpfen.

Leider war eine stark zurückgehende Meinungsvielfalt in den Medien festzustellen. Die Opposition hatte deutlich geringeren Zugang zu den Medien und kleine Parteien haben vielfach große Mühe, ihre Positionen und Kandidaten in den Medien zu platzieren.

Eine weitere Benachteiligung kleinerer Parteien stellt die staatliche Parteienfinanzierung dar. Zwar ist es auch bei großen Parteien üblich, dass Kandidaten selbst für die Kosten ihres Wahlkampfes aufkommen, doch werden ihnen zahlreiche Mittel und Materialien durch die Partei gestellt. Zugleich erhalten die großen Parteien neben ihrer regelmäßigen Förderung einen Zuschlag für ihre Wahlkampagne.

Wahlverlauf

Bei der Kommunalwahl werden mit drei Stimmzetteln insgesamt fünf Stimmen abgegeben. In den Großstädten wird auf einem Stimmzettel für einen Oberbürgermeisterkandidaten und für eine Parteiliste für den Provinzrat gestimmt. Genauso auf Stadtbezirks- oder Stadtebene auf einem Stimmzettel für den Bürgermeister und eine Parteiliste der Stadtratsmitglieder. Der dritte Stimmzettel ist dem Ortsvorsteherkandidaten vorbehalten. Hier wird die Parteizugehörigkeit nicht genannt.

Für Diskussionen sorgte im Vorfeld der Wahl die Meldung, dass dreimal soviel Stimmzettel wie Wähler gedruckt wurden. Doch erklärte der nationale Wahlrat dies mit den verschiedenen Wahlgängen sowie der Vorschrift, dass an jeder Urne 15 Prozent mehr Stimmzettel vorhanden sein müssen als erforderlich. Die Abstimmung erfolgt mit einem Wahlleiter, der in der Regel ein dazu abgeordneter Beamter ist sowie vier Helfern, die durch die Parteien bestimmt werden, die bei der vorangegangenen Parlamentswahl die meisten Stimmen erhalten haben.

Die Stimmauszählung erfolgte öffentlich und wurde auch tatsächlich von einer größeren Zahl Bürgern verfolgt, noch nie hatten sich vor allem die Oppositionsparteien so engagiert die Stimmauszählung zu überwachen.

An verschiedenen Orten – gemeldet wurden insbesondere Orte der Schwarzmeer- und der Südost-Region – kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die auf riva-

lisierende Anhängergruppen von Ortsvorstehern zurückgeführt wurden. Insgesamt starben bei diesen Auseinandersetzungen acht Menschen, zahlreiche weitere wurden verletzt.

Einsprüche

Alle Parteien haben während des Wahlkampfes Befürchtungen geäußert, dass das Wahlergebnis manipuliert werden könnte. Bereits bei der Erstellung des Wählerverzeichnisses wurden viele Einsprüche erhoben, um zu verhindern, dass Personen an Orten wählen, an denen sie nicht wohnen. Der Diebstahl von Wahlunterlagen in einem Istanbuler Wahlbezirk wurde von allen Parteien mit Besorgnis aufgenommen. Um Manipulationen am Wahltag zu vermeiden, mobilisierten die Parteien Wahlbeobachter, die jeden Schritt von der Aushändigung der Stimmzettel und der Stimmabgabe über die Stimmauszählung überwachen und den lokalen Wahlbericht vor der Weiterleitung an die nächsthöhere Zentrale abfotografieren sollten.

In der Wahlnacht kam es zu zahlreichen Berichten über Unregelmäßigkeiten. Stromausfälle in vielen Gebieten wurden mit der Stimmauszählung in Verbindung gebracht und schürten den Manipulationsverdacht. Die Begründungen des Energieministers zu den Stromausfällen haben nicht zur Klärung beigetragen- sie schüren im Gegenteil die Zweifel.

Wie auch bei anderen Wahlen gibt es wieder Berichte über entführte Beutel mit Stimmzetteln. Die CHP hat außerdem festgestellt, dass bei der Eingabe der Ergebnisse zahlreiche ihrer Stimmen anderen Parteien zugeschrieben und damit falsch verbucht wurden.

Insbesondere an Orten mit knappem Wahlausgang haben die Parteien Widerspruch gegen die Stimmauszählung eingelegt. In der Provinz Muğla fielen zwei Bürgermeistermandate von der AKP an die CHP, nachdem diese eine Wiederholung der Auszählung beantragt hat. Der nationale Wahlrat trägt mit seiner derzeitigen Informationspolitik leider gar nicht zur Beruhigung der Diskussion bei, was Vermutungen und Anschuldigungen Tür und Tor öffnet.

Auswirkungen

Das Wahlergebnis wird als Vertrauensbeweis für Ministerpräsident Erdoğan bewertet. Der AKP-Wahlkampfleiter Şentop erklärte am 31. März, dass im April eine Entscheidung falle, ob Erdoğan für die im August anstehende Wahl zum Staatspräsident kandidiere. In diesem Fall hält er es für wahrscheinlich, dass der jetzige Amtsinhaber Gül Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten wird.

Innerhalb der CHP könnte eine neue Diskussion über den Parteivorsitz ausbrechen, denn trotz beachtlicher Zuwächse an einigen Orten blieb das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück.

Die BDP wiederum bewertet ihre Stimmgewinne in den Südostprovinzen als Bestätigung ihrer Politik und hat angekündigt, mit dem Aufbau einer lokalen und regionalen Selbstverwaltung zu beginnen.

Nachrichten

1. Innenpolitik

Die drei Amtsperioden der AKP

Kurz vor der Kommunalwahl hat Ministerpräsident Erdoğan seinen Widerstand gegen die Änderung der AKP-Satzung, die für Parlamentsmandate eine Beschränkung auf drei Amtsperioden vorsieht, aufgegeben.

Die Frage war zuletzt im vergangenen Herbst auf die Tagesordnung gekommen, da zahlreiche Spitzenpolitiker der AKP, einschließlich Erdoğan selbst, bei der nächsten Parlamentswahl nicht mehr kandidieren können. Darum war sein Festhalten an der Beschränkung auf drei Parlamentsmandate als Entscheidung interpretiert worden, in diesem Jahr für das Präsidentenamt zu kandidieren. Während sich Erdoğan noch nicht festgelegt hat, haben dagegen andere prominente Politiker wie Bülent Arınç und Ali Babacan angekündigt, nicht mehr zu kandidieren, während der langjährige Energieminister Binali Yıldırım als Spitzenkandidat in Izmir antritt.

„Parallelstaat“ und Korruptionsvorwürfe

Am 17. Dezember 2013 wurde eine Welle von Korruptionsuntersuchungen gegen die Regierung eingeleitet, die sich zunächst auf die Söhne des Innen-, Städtebau- sowie des Wirtschaftsministers sowie den Europaminister konzentrierten, bald jedoch auch auf den Sohn des Ministerpräsidenten in den Fokus nahmen. Im Zuge dieser ersten Ermittlungswelle wurden neben den Ministersöhnen auch der Bezirksbürgermeister von Fatih (Istanbul), der Geschäftsführer der staatlichen Halkbank sowie zahlreiche Geschäftsleute festgenommen. Während die Regierung mit Umbesetzungen bei der Polizei reagierte und die ermittelnden Staatsanwälte durch den Chefstaatsanwalt in Istanbul ausgewechselt wurden, sickerten immer neue Informationen aus den Ermittlungsergebnissen an die Medien durch.

Die Regierung wies die erhobenen Vorwürfe als Komplott zurück und machte die Gülen Bewegung dafür verantwortlich. Diese habe den Staat unterwandert und Parallelstrukturen geschaffen, mit denen sie Polizei und Justiz kontrolliere. Zur Bekämpfung dieser Strukturen wurden in schneller Folge Gesetze wie das Internetgesetz, das Gesetz zum Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte sowie eine Reihe von Änderungen an der Strafprozessordnung ins Parlament eingebracht und verabschiedet. Zugleich wurden umfangreiche Umbesetzungen bei der Polizei vorgenommen. Mehrere Tausend Beamte wurden versetzt oder mit neuen Aufgaben betraut. In das Justiz-

reformgesetz wurde ein Artikel aufgenommen, der eine einstweilige Anordnung durch das Verwaltungsgericht bei einer Klage gegen Umbesetzungen von Beamten erschwert.

Andererseits sind eine Reihe von veröffentlichten Beweisen wie beispielsweise große Mengen von Bargeld, die bei den Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Ministersöhne sowie des Halkbank-Geschäftsführers sichergestellt wurden, starke Indizien, dass die Korruptionsvorwürfe nicht als politische Intrige abgetan werden können. Observierungsvideos zeigten Schuhkartons voller Geld, die zusammen mit den Geldzählmaschinen, die in der Wohnung eines Ministersohns gefunden wurden, zu Symbolen für die Korruptionsvorwürfe wurden.

Während die vier unmittelbar in Verdacht geratenen Minister zurücktraten, wurde ein Verhör von Bilal Erdoğan, dem Sohn des Ministerpräsidenten lange herausgezögert. Telefonate zwischen Bilal und seinem Vater, die im Februar veröffentlicht wurden, deuten darauf hin, dass auch hier hoher Aufklärungsbedarf besteht.

Ein großer Teil der Öffentlichkeit ist überzeugt, dass es eine verdeckte Organisation von Gülen Anhängern im Staatsapparat gibt. Allerdings konnte die AKP trotz aller Beschuldigungen bisher keine greifbaren Beweise für eine „Parallelstruktur“ vorlegen.

Zugleich zeigt die Häufigkeit, mit der Telefonmitschnitte von Politikern und Verwaltungsbeamten veröffentlicht werden, in welchem Maße abgehört wird. Da zu den abgehörten Telefonen auch ein abgesichertes Mobiltelefon des Ministerpräsidenten gehört, muss zudem eine technisch gut ausgestattete Organisation hinter diesen Maßnahmen stehen. Der Ministerpräsident hat bisher zwei der geführten Telefonate bestätigt und alle anderen als „Montage“ bezeichnet, allerdings wurde keine offizielle technische Untersuchung dazu angeordnet, um den Verdacht ein und für alle Mal auszuräumen.

Aus Regierungskreisen wird mitgeteilt, dass im Zusammenhang mit der illegalen Veröffentlichung von Telefonmitschnitten Polizeibeamte in Verdacht geraten sind. Vizepremier Beşir Atalay erklärte am 17. März 2014, dass im Zusammenhang mit den Abhöraktionen gegen Ministerpräsident Erdoğan 19 Personen suspendiert worden seien. Auch kündigte er an, dass nicht nur gegen Polizeibeamte, die an den umfangreichen Abhöraktionen beteiligt waren, sondern auch gegen Richter ermittelt wird, die verantwortungslos Hunderttausende von Abhörgenehmigungen erteilt hätten. Es wird erwartet, dass nach der Kommunalwahl gegen Anhänger der Gülen Bewegung rechtlich massiv vorgegangen wird.

Konflikt um den Rechnungshof schwelt weiter

Eines der Hauptargumente der Opposition bei den Haushaltsberatungen im Herbst 2013 war die Kritik an fehlenden und unvollständigen Berichten des Rechnungshofs. Nachdem die Prüfberichte erst mit großer Verspätung dem Parlament zugestellt wurden, stellte sich zudem he-

raus, dass eine Reihe von Behörden nicht geprüft werden konnten, weil sie dem Rechnungshof nur unzureichende Informationen zur Verfügung gestellt hatten. Beispielsweise wird im Prüfungsbericht 2012 für das Finanzministerium festgestellt, dass das dortige Verwaltungssystem nicht den Anforderungen des Haushaltsgesetzes entspricht und darum die für eine sachgemäße Prüfung erforderlichen Daten nicht zur Verfügung standen.

Im „Strategischen Plan 2014-2018“ führt der Rechnungshof aus, dass das Fehlen einer Parlamentskommission zur Bearbeitung der Rechnungshofberichte sowie bisher nicht durchgeführte Reformen bei der Rechnungslegung von Institutionen, die dem Haushalt unterliegen, eine aussagekräftige Rechnungsprüfung verhinderten.

Zugleich wird aber auch die redaktionelle Kürzung von Prüfberichten durch das Präsidium des Rechnungshofes kritisiert. In diesem Zusammenhang wird der Verdacht geäußert, dass kritische Berichte zurückgehalten werden. Nach der Veröffentlichung eines Abhörbandes, das ein Gespräch zwischen dem AKP-Fraktionsvize Nurettin Canikli und dem Sekretär des Ministerpräsidenten Hasan Doğan wiedergeben soll, berichtete die Tageszeitung Taraf insbesondere von Unstimmigkeiten beim Verfügungsfond des Ministerpräsidenten oder auch die Streichung von Steuerstrafen für der Regierung nahestehende Unternehmen.

Hoher Rat der Richter und Staatsanwälte

Am 27. Februar 2014 trat das Gesetz zum Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte in Kraft. Das Gesetz stärkt die Kompetenzen des Justizministers in Personalangelegenheiten der Justiz und beinhaltet eine personelle Erneuerung der Verwaltung sowie der Justizakademie. Gegen das Gesetz hatten neben den Oppositionsparteien insbesondere auch Anwaltskammern Bedenken geäußert, weil sie den Grundsatz der Gewaltenteilung verletzt sehen. Die CHP legte Verfassungsklage ein und hoffte zunächst, auf dem Klageweg das Inkrafttreten des Gesetzes verhindern zu können, doch wurde dieser Antrag vom Verfassungsgericht zurückgewiesen.

War zwar der Justizminister auch nach bestehendem Recht Vorsitzender des Hohen Rates, so ist nun die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Richter und Staatsanwälte von dessen Zustimmung abhängig. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde auch die Berufung des bisherigen Personals des Hohen Rates aufgehoben, während der Justizminister das Recht für die Neubesetzung der Stellen erhielt. Als Vorsitzender des Hohen Rates erhält der Justizminister außerdem das Recht, den gewählten Ratsmitgliedern ihre Aufgaben zuzuteilen. Damit hat er direkten Zugriff auf die Zusammensetzung der drei Kammern des Hohen Rates. Der Leiter der Disziplinarabteilung, die der dritten Kammer des Hohen Rates zugeordnet ist, wird ebenfalls durch den Justizminister ernannt.

Auf die Kritik an der Stärkung der Stellung des Justizministers im Hohen Rat antwortete die AKP mit dem Argu-

ment, dass auf diese Weise zur Rechtsstaatlichkeit beigetragen würde. Bisher gab es keine Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Hohen Rates. Gegen eine Maßnahme des Justizministers dagegen könne geklagt werden.

Ebenso wie beim Internetgesetz wurde auch bei diesem Gesetz Staatspräsident Gül aufgerufen, seine Zustimmung zu verweigern. Gül wies jedoch darauf hin, dass er sich bereits während des Gesetzgebungsverfahrens wirksam eingebracht habe und dass die offen gebliebenen Fragen durch das Verfassungsgericht geklärt werden sollten.

Die Gesetzesänderungen wurden international, wie u.a. von Erweiterungskommissar Stefan Füle als Rückschritt kritisiert.

Gesetz zur Abschaffung der Nachhilfeschulen

Am 22. Februar 2014 wurde den Nachhilfeschulen (Dershane) per Gesetz ihre Rechtsgrundlage entzogen. Diese Schulen bereiten bisher schwerpunktmäßig auf die alles entscheidenden Aufnahmeprüfungen für die Oberschulen und die Universitäten vor. Es handelt sich um Privatschulen, unter denen sich die Gülen Bewegung als Marktführer positioniert hat. Die Ankündigung der Aufhebung der Dershane war ein zentraler Auslöser für den Konflikt zwischen AKP und Gülen Bewegung, der im Herbst vergangenen Jahres offen ausbrach, da sie sowohl das wirtschaftliche Rückgrat der Bewegung als auch die wichtigste Rekrutierungsquelle für den Nachwuchs sind.

Den Dershane soll die Möglichkeit zur Umwandlung in Privatschulen gegeben werden, wobei dafür besondere Förderungen wie z.B. Grundstücksüberlassungen vorgesehen sind. Zugleich soll mit dem neuen Gesetz der Besuch von Privatschulen für Schüler insgesamt gefördert werden.

Ein Teil des Personals der Nachhilfeschulen soll außerdem eine Beschäftigungsmöglichkeit im regulären Schulwesen erhalten. Die Schließung soll mit Beginn des Schuljahres 2015/16 wirksam werden.

Die Regierung konnte noch nicht erklären, wie der Wegfall der Nachhilfeschulen vom Bildungswesen kompensiert werden soll. Vertreter der Dershane wiesen darauf hin, dass mit der landesweiten Verbreitung der Nachhilfeschulen insbesondere in den benachteiligten südöstlichen Provinzen mehr Schüler das Recht erhielten, an Universitäten zu studieren.

Neben der Auflösung der Dershane beinhaltet das Gesetz auch Umstrukturierungen in der Schulverwaltung. Bildungsminister Navi Avcı teilt in diesem Zusammenhang mit, dass 39.000 Schuldirektoren und Vizedirektoren abgelöst werden.

Verstärkte Kontrolle des Internets

Das am 6. Februar 2014 verabschiedete Internetgesetz ermöglicht eine beschleunigte Sperrung von Inhalten im Internet. Während dabei die Kompetenzen des Instituts

für Telekommunikation, das bereits zuvor für die Überwachung des Internets zuständig war, ausgeweitet und eine Blockadeanordnung auch ohne Gerichtsurteil ermöglicht wurde, werden insbesondere die Beschwerdemöglichkeiten bei Verletzung der persönlichen Privatsphäre gestärkt. Vereinfachte Zustellung von Abmahnungen und Blockadeandrohungen durch eine neu gegründete Union der Serviceprovider sowie die Verpflichtung, Verkehrsdaten zu speichern, bringen neue Möglichkeiten der Strafverfolgung für Delikte, die im Internet begangen werden. Unklar definierte Rechtsbegriffe ermöglichen außerdem einen weitgehenden Zugriff auf Daten, die über das Internet erreichbar sind. Die Regierung wies gleichwohl die von der Opposition und internationalen Organisationen erhobenen Zensurvorwürfe zurück und unterstrich, dass es mit der neuen Rechtsgrundlage möglich sei, nicht mehr ganze Websites zu sperren, sondern nur noch gezielt diejenigen, die gegen das Recht verstoßen.

Als ein erstes Beispiel über die Anwendungsproblematik der jüngsten Gesetzesänderung kann die Komplettblockade von Twitter in der Türkei bewertet werden, die am 21. März 2014 vom Institut für Telekommunikation verhängt wurde. Hintergrund dieser Sperrung ist die Forderung der Regierung, Twitter solle eine Niederlassung in der Türkei einrichten und Sperranordnungen türkischer Gerichte zu einzelnen Twitteraussagen umsetzen. Sogar Staatspräsident Gül twitterte nach der Blockade sein Befremden darüber in die Welt sowie seine Hoffnung über eine baldige Aufhebung. Ein anderes Beispiel ist die Sperrung von YouTube, die nach der Veröffentlichung von Aufzeichnungen einer Geheimkonferenz im Außenministerium zur Syrien-Politik vorgenommen wurde. Bei dieser Blockade wurde mit Hinweis auf die Gefährdung der Sicherheit des Landes ein Gerichtsverfahren nicht abgewartet. Das Argument wirkt deshalb nicht stichhaltig, weil der Mitschnitt außerhalb der Türkei damit weiter verfügbar ist.

Pressefreiheit

Die im Februar über das Internet veröffentlichten illegalen Telefonmitschnitte zwischen Ministerpräsident Erdoğan und dem Vizevorstandsvorsitzenden der Ciner Gruppe, Fatih Saraç, demonstrierten sehr anschaulich die hierarchische Beziehung zwischen Regierung und Medien. In einem der Telefonate beispielsweise forderte Erdoğan auf, die Ergebnisse einer Wahlumfrage, die in der Zeitung Habertürk veröffentlicht werden sollte, zu verfälschen. Bei einem anderen Anruf führte die Beschwerde des Ministerpräsidenten zur Entlassung von drei Journalisten. Auch aus der Tageszeitung Milliyet wird von entsprechenden Anrufen des Ministerpräsidenten berichtet.

Einen Eindruck vom Klima, in dem Medien arbeiten, vermittelte auch der Rückzug von Unternehmen als Sponsoren für einen Pressefoto-Wettbewerb. Nachdem die Jury eines der Schlüsselfotos der Gezi Park-Proteste auswählte, zog sich zunächst die staatliche Vakıfbank als Sponsor zurück. Da die Bank seit Jahren Hauptsponsor des Wettbewerbs war, musste die Preisverleihung verschoben werden.

Demokratiegesetz

Am 2. März 2014 verabschiedete das Parlament das von Ministerpräsident Erdoğan am 30. September 2013 angekündigte Demokratie-Paket. Es erlaubt Parteien im Wahlkampf andere Sprachen als Türkisch zu benutzen und lässt eine Doppelspitze als Parteiführung zu. Als Voraussetzung für die staatliche Parteienfinanzierung wird der zu erreichende Stimmanteil von 7 Prozent auf 3 Prozent gesenkt. Unter Anhörung von Gewerkschaften und Berufsorganisationen wird durch den obersten Verwaltungsbeamten festgelegt, an welchen Orten Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt werden dürfen. Unterricht in anderen Sprachen als Türkisch wird an Privatschulen zugelassen. Die Behinderung der Religionsausübung wird mit bis zu drei Jahren Haft bestraft. Weiterhin wird ein Diskriminierungstatbestand geschaffen, der Benachteiligungen wie beispielsweise die Verweigerung eines Mietvertrags oder einer öffentlichen Dienstleistung aus ethischen oder religiösen Gründen unter Strafandrohung stellt.

Bereits am 21. Februar 2014 wurde zudem ein weiteres Justizreformgesetz verabschiedet. Mit dem neuen Gesetz werden die Großen Strafgerichte mit Sondervollmacht aufgelöst, die aufgrund ihrer Zuständigkeit für politische Strafverfahren wie Ergenekon, KCK und Balyoz kritisiert wurden.

Mit dem Gesetz werden die Strafen für ungerechtfertigte Datenspeicherung sowie die Aufzeichnung von Telefongesprächen ohne Zustimmung erhöht. Die Verhängung von Untersuchungshaft wird von konkreten Beweisen für die Schuld des Beschuldigten abhängig gemacht und ihre maximale Dauer auf fünf Jahre beschränkt. Die Untersuchung digitaler Daten sowie die Anordnung von Telekommunikationsüberwachung setzen zudem einen durch konkrete Beweise gestützten hohen Tatverdacht voraus.

Geheimdienstgesetz

Nachdem im Dezember und Januar der Geheimdienst MIT mehrfach aufgrund von Waffentransporten, die durch die Polizei gestoppt wurden, in die Schlagzeilen geraten war, wurde im Februar eine Änderung zum Geheimdienstgesetz in das Parlament eingebracht. Die Änderung zielt zum einen auf eine Ausweitung des gesetzlichen Auftrags des MIT und stärkt zum anderen die Bindung an den Ministerpräsidenten. Eine parlamentarische Kontrolle des Geheimdienstes ist weiterhin nicht vorgesehen, die gerichtliche Kontrolle ist durch die dafür notwendige Zustimmung des Ministerpräsidenten stark eingeschränkt, was den Mitarbeitern bei der Strafverfolgung weitgehende Immunität einräumt.

Termin für die Präsidentenwahl festgelegt

Die nationale Wahlkommission hat den Termin für den ersten Durchgang der Präsidentenwahl auf den 10. August, den für den zweiten Durchgang auf den 24. August festgelegt. In rund 60 Ländern können erstmals auch im Ausland lebende Türken von ihrem Stimmrecht Gebrauch

machen. Als Termin für diese Stimmabgabe wird der Zeitraum vom 31. Juli bis zum 4. August genannt.

Nachklang der Gezi Park-Proteste

Am 10. März 2014 verstarb Berkin Elvan, der bei den Gezi Park-Protesten von einer Gasgranate der Polizei getroffen wurde und sich seitdem im Koma befand. Während der verantwortliche Polizeibeamte bisher nicht ermittelt wurde, stellt sich heraus, dass die Polizei zunächst gegen Berkin als „gewaltbereiten Demonstranten“ ermittelte. Der Tod des 15jährigen Jungen, der Brot kaufen wollte und zwischen die Fronten geriet, löste am 11. und 12. März eine Protestwelle an vielen Orten der Türkei aus.

Bei diesen Protesten wurde in Istanbul ein weiterer Jugendlicher erschossen. In Antalya starb ein Polizeibeamter an einem Herzinfarkt. Beide Todesfälle lösten Spekulationen aus. Der Schuss auf den 21jährigen Burakcan Karamanoğlu erfolgte nach einem Zusammenstoß von Demonstranten und Gegendemonstranten. Die Verantwortung für die Schüsse soll die linksradikale DHKP-C auf der Internetseite einer ihr zugehörigen Organisation übernommen haben. Der Ablauf der Auseinandersetzung, das Ausschalten der Straßenbeleuchtung sowie Ungeheimheiten im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen im Internet werfen jedoch Fragen nach den Hintergründen auf.

Im Zusammenhang mit dem Tod eines Polizeibeamten in Antalya wurde zunächst gemeldet, dass dieser an den Folgen des eingesetzten Reizgases gestorben sei. Dies wurde jedoch später von der Polizei dementiert und als Todesursache Herzversagen angegeben.

Neben den an vielen Orten der Türkei begonnenen Strafprozessen gegen Demonstranten der Gezi Park-Proteste wurde in Istanbul nun eine zweimal abgelehnte Anklage zugelassen, die insbesondere Mitglieder der Gezi Park Solidaritätsplattform betrifft, denen u.a. die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird.

Friedensprozess wird fortgesetzt

In einer bei der Newroz-Feier in Diyarbakır verlesenen Grußbotschaft hat der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan die Fortsetzung des Prozesses zur friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts angekündigt. Er forderte dabei eine Rechtsgrundlage für offizielle Verhandlungen zwischen Regierung und der PKK. Mit den Worten „die Testphase ist vorüber, wir müssen zu Verhandlungen übergehen“ griff er zugleich auch die Ungeduld führender Funktionäre seiner Organisation im Vorfeld der Kommunalwahlen auf. Unklar ist, wie groß der Bewegungsspielraum und die Handlungsbereitschaft der AKP tatsächlich sind. Zwar ist die Verhandlungsvollmacht des Geheimdienstes MIT für Gespräche mit der PKK im ins Parlament eingebrachten Gesetzentwurf enthalten, doch diese deckt eher den bisherigen Status Quo ab und löst die Forderung nach politischen Verhandlungen nicht ein. Nach wie vor lehnt die Regierung offene Verhandlungen

mit der als Terrororganisation eingestuften PKK ab, da dies letztlich auf deren Anerkennung und Legalisierung hinauslaufen würde.

Eine Erklärung des Exekutivkomitees der KCK am 15. März wiederum unterstreicht die kritische Haltung, die die kurdische Bewegung gegenüber der AKP einnimmt. In der Erklärung wird der AKP vorgeworfen, eine autoritäre Politik zu verfolgen, die dem Grundsatz entgegenstehe, den Kurden-Konflikt durch demokratische Reformen beizulegen. In einer Nachricht von ANF wird der PKK-Führer Murat Karayılan mit der Erwartung zitiert, dass innerhalb von ein bis zwei Wochen nach der Kommunalwahl Schritte der türkischen Regierung erfolgen müssen, sonst werde die PKK sich vom Friedensprozess zurückziehen. Neue Impulse für eine politische Lösung des Kurden-Konflikts könnten sich demgegenüber aus der Ankündigung von BDP und HDP ergeben, nach der Kommunalwahl mit dem Aufbau echter lokaler Selbstverwaltungen zu beginnen.

Der Neubau von Gendarmeriestützpunkten in Gebieten mit kurdischer Bevölkerung sorgt immer wieder für Spannungen. Ein schwerer Zwischenfall ereignete sich außerdem am 6. März 2014 in der Provinz Şırnak als eine Gendarmerieeinheiten einen Hinterhalt gelockt und ein Soldat getötet wurde.

Politische Verfahren

Die Beschränkung der Untersuchungshaftdauer auf fünf Jahre führte beim Ergenekon-Verfahren zu zahlreichen Freilassungen. Mittlerweile ist die 7000 Seiten umfassende Urteilsbegründung im Ergenekon-Verfahren fertiggestellt, womit die Prüfung vor dem Kassationsgerichtshof beginnt. Ob die nunmehr Freigelassenen erneut in Haft genommen werden, bleibt offen. Freigelassen wurde demgegenüber der pensionierte Generalstabschef Başbuğ, der sich auf dem individuellen Klagewege an das Verfassungsgericht gewandt hatte. Aufgrund von Verfahrensfehlern hatte das Verfassungsgericht einstimmig die Freilassung angeordnet.

Anwälte im KCK-Verfahren teilten mit, dass sie nach Ablehnung von 92 Freilassungsanträgen ihre Haftprüfungsanträge zurückgezogen haben, obgleich auch hier die Obergrenze von fünf Jahren Untersuchungshaft überschritten wurde.

Im Balyoz-Verfahren, in dem eine große Anzahl von Offizieren wegen der Vorbereitung eines Putsches verurteilt wurde, hat sich durch ein anderes Strafverfahren eine Wende eingestellt. Das Balyoz-Verfahren stützt sich zu einem wesentlichen Teil auf digitale Dokumente, die bei verschiedenen Durchsuchungsaktionen gefunden wurden. Die Verteidigung hatte stets die Position vertreten, dass ein bedeutender Anteil dieser Dokumente verfälscht wurde, konnte jedoch das Gericht und auch den Kassationsgerichtshof nicht davon überzeugen, diese Dokumente ein weiteres Mal prüfen zu lassen. Im Strafverfahren um den Fund von Waffen in Poyrazköy (Istanbul) wurden diese Dokumente ebenfalls als Beweis eingebracht, doch dieses Mal ließ das zuständige Gericht eine Prüfung der

digitalen Dokumente zu. Der Sachverständige kam zu dem Schluss, dass es sich um gefälschte Dokumente handele.

Am 21. März 2014 wurden die letzten fünf inhaftierten Mitglieder des Vereins zeitgemäßer Juristen freigelassen. Ihnen und ihren Kollegen wird vorgeworfen, sie hätten die Terrororganisation DHKP-C unterstützt. Die Anwälte des Vereins haben sich insbesondere mit der Verteidigung in Menschenrechts- und politischen Verfahren sowie Unterstützung von finanzschwachen Menschen einen Namen gemacht.

2. Wirtschaftspolitik

Türkische Lira unter Druck

Die Wirtschaftslage im ersten Quartal war geprägt von einer starken Verunsicherung der Märkte. Die Politikänderung der US-Zentralbank FED hat in der Türkei stärker noch als in anderen Schwellenländern zu einem Kapitalabfluss geführt. Die Folge ist seit Mitte Dezember 2013 ein Wertverfall der Türkischen Lira, der sich nachteilig auf die Inflation auswirken wird.

Ursachen für den Rückgang internationaler Investitionen und Anleihen für die Türkei sind zum einen das hohe Zahlungsbilanzdefizit und zum anderen die politischen Spannungen im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre.

Zwar wird davon ausgegangen, dass das Zahlungsbilanzdefizit in diesem Jahr aufgrund einer gedämpften Konjunktur nachlassen wird, doch zeigen die Daten für Januar, dass ein Netto-Devisenabfluss stattgefunden hat, der durch Reserven der Zentralbank ausgeglichen werden musste.

Arbeitslosigkeit erneut auf 10 Prozent gestiegen

Gestützt auf die monatliche Haushaltsumfrage gab das Staatliche Statistikinstitut die Arbeitslosenquote im Dezember 2013 mit 10 Prozent an (2013 durchschnittlich 9,7%). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird vor allem mit zwei Faktoren erklärt, die auch für 2014 fortbestehen: die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch das nachlassende Wirtschaftswachstum stagniert und der Zuwachs bei der Erwerbsbeteiligung ist höher als der Anstieg neuer Arbeitsplätze. Die im Vergleich zu europäischen Ländern geringe Erwerbstätigkeitsquote von 50,1 Prozent deutet auf eine hohe versteckte Arbeitslosigkeit hin. In den vergangenen Jahren ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwar gestiegen, doch liegt sie mit 29,9 Prozent (Dezember 2013) nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Trockenheit in vielen Landesteilen

In vielen Teilen der Türkei, insbesondere in Inneranatolien, herrscht seit dem vergangenen Jahr eine starke Dürre, die nicht nur Auswirkungen auf die Ertragserwartungen der

Landwirtschaft (insbesondere beim Weizenanbau), sondern auch auf die Wasserversorgung von Großstädten sowie die Stromerzeugung haben wird. Die Türkei produzierte 2012 etwa 24% ihres Stroms in Wasserkraftwerken.

In Istanbul ist der Pegel der Talsperren für die Wassergewinnung auf 30 Prozent der Kapazität gefallen. Gleichwohl geht die Großstadtverwaltung davon aus, dass durch die vom Melen Fluss nach Istanbul geführte Wasserpipeline der Wasserbedarf der Metropole gedeckt werden kann.

3. Außenpolitik

Neuer Start der Zypern-Verhandlungen

Mit einer gemeinsamen Erklärung beider Bevölkerungsgruppen auf Zypern haben am 11. Februar 2014 erneute Verhandlungen über die Wiedervereinigung der Insel begonnen. Die gemeinsame Erklärung umreißt die Leitlinien der Verhandlungen und legt fest, dass das Ziel die Vorbereitung eines durch Referendum zu verabschiedenden Gründungsvertrags für eine neue Republik Zypern, die aus zwei Gründungsstaaten besteht, sein soll. Ein Zeitplan für die Verhandlungen wurde nicht festgesetzt. Angesichts jahrzehntelanger Verhandlungen zwischen Griechen und Türken auf Zypern wurde von Kommentatoren die Frage aufgeworfen, was sich verändert habe, um einen Erfolg bei diesem neuen Anlauf zu ermöglichen.

Gefördert wurden die neuen Verhandlungen insbesondere durch die US-Außenpolitik. Doch auch die Nutzung der vor Zypern gefundenen Erdgasvorkommen hängt nach Expertenmeinung vor allem von der Wiedervereinigung der Insel ab. Gleichwohl haben sich beide Bevölkerungsgruppen im Status Quo eingerichtet und es bleibt offen, ob eine ausreichende Bereitschaft mobilisiert werden kann, schwierige Themen wie die Gebietsverteilung zwischen dem türkischen und griechischen Territorium, die Staatsangehörigkeit der Festlandtürken oder auch den Garantiestatus von Griechenland und der Türkei sowie den Abzug der türkischen Truppen von Zypern zu lösen. Als eine bedeutende Neuerung in der Verhandlungsführung wurde jedoch bewertet, dass der türkische Verhandlungsführer mit einem Besuch in Athen und der griechische Verhandlungsführer mit seinem zeitgleichen Besuch in Ankara die Rolle der Garantiemächte beim Lösungsprozess unterstrichen.

Türkei-Bericht des Europaparlaments

Der am 5. März 2014 verabschiedete Fortschrittsbericht des Europaparlaments wird in seiner Kritik als der schärfste seit 1999 bewertet. Der insbesondere seit Jahresanfang intensiv diskutierte und bis zuletzt mehrfach geänderte Bericht setzt vor dem Hintergrund der Kopenhagener Kriterien den Akzent insbesondere auf die Verbundenheit mit einer demokratischen Ordnung. Problematisiert werden dabei insbesondere die Medienfreiheit und die

Justiz. Im Zusammenhang mit der Medienfreiheit wird dabei nicht nur der direkte Druck auf Medien und Journalisten, sondern auch eine sich ausbreitende Selbstzensur aufgrund der engen Verflechtung zwischen Regierung und Verlegern eingegangen. Bei der Justiz macht sich die Kritik an der Behinderung der Korruptionsuntersuchung fest sowie daran, dass durch das neue Gesetz zum Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte die Gewaltenteilung Schaden genommen hat.

Erdoğan Besuch in Brüssel und Berlin

Am 21. Januar 2014 besuchte Ministerpräsident Erdoğan Brüssel. Es war sein erster Besuch seit fünf Jahren und führte ihn mit den Spitzen des Europäischen Rats, der EU-Kommission und des Europaparlaments zusammen. Betrachtet man die Themen der gemeinsamen Pressekonferenz mit EU-Ratspräsident Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident Barroso und Ministerpräsident Erdoğan, dann standen bei den Gesprächen der Reformprozess in der Türkei, der Prozess zur friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts, die Korruptionsuntersuchung sowie die Änderung des Gesetzes über den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte im Mittelpunkt. Alle drei Politiker bemühten sich dabei, ein konstruktives Bild der Beziehungen zu zeichnen. Erdoğan erklärte, dass die Beiträge aus Brüssel ohnehin in der türkischen Gesetzgebung aufgegriffen würden und dass niemand besorgt sein müsse, denn auch am Gesetz über den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte würden Änderungen vorgenommen, die den Erwartungen der EU entsprechen.

Auch beim Berlin-Besuch am 4. und 5. Februar 2014 stand neben europapolitischen Fragen die Korruptionsaffäre im Mittelpunkt. Nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel erklärte diese, dass sie neue Schritte und die Öffnung neuer Verhandlungskapitel unterstütze, jedoch der Beitrittsprozess der Türkei zur EU einer mit offenem Ausgang sei und es in Europa ernste Vorbehalte gegen diesen Beitritt gäbe. Bezogen auf die Korruptionsvorwürfe sprach Erdoğan von einer ernstesten Desinformationskampagne.

Hollande-Besuch

Am 27. Januar besuchte François Hollande die Türkei. Es war der erste Türkei-Besuch eines französischen Staatspräsidenten seit 22 Jahren. Unter der Amtszeit von Nicolas Sarkozy hatten die türkisch-französischen Beziehungen einen Tiefststand erreicht. Mit der Amtsübernahme des Sozialisten Hollande, der die Blockade von acht Kapiteln der EU-Beitrittsverhandlungen schrittweise aufheben will, wünschen beide Länder eine erneute Intensivierung der Beziehungen. Dabei richtet sich das Augenmerk vor allem auf die Wirtschaftszusammenarbeit. Während des Türkei-Besuchs des französischen Präsidenten wurden elf bilaterale Verträge zur Zusammenarbeit unterzeichnet, darunter auch ein Ausbildungsprojekt für die zivile Nutzung der Atomkraft.

Neuer Streit um Öl aus dem Nord-Irak in Sicht

Da bisher keine Einigung zwischen dem kurdischen Nord-Irak und der Zentralregierung in Bagdad über den Export von Gas und Öl in die Türkei erzielt werden konnte, wartet die Türkei mit der Zulassung von Ölverkäufen von ihrem Territorium ab. Die Pipeline in den Nord-Irak ist fertig gestellt und hat ihren Betrieb aufgenommen. Mitte März erreichte die Ölmenge in den Depots in der Türkei 1,5 Mio. Barrel. Da die Depots insgesamt ein Fassungsvermögen von 2,5 Mio. Barrel haben, bleibt offen, wie sich die türkische Regierung verhält, wenn diese Menge erreicht ist. Energieminister Taner Yıldız erklärte dazu am 20. März, dass die Türkei auf eine Einigung im Irak hoffe. Die Erlöse aus dem Export von Gas und Öl würden den Wohlstand im Irak erhöhen und zu einer Stabilisierung im Land führen.

Krim-Referendum inakzeptabel

In einem Fernsehinterview am 19. März 2014 bezeichnete der türkische Außenminister Davutoğlu das Krim-Referendum als inakzeptabel und hob hervor, dass der Schutz der Existenz der Krim-Tataren ein vordergründiges Interesse der Türkei sei. Weiter wies er auf die Gefahren hin, wenn die Annexion von strittigen Gebieten wie beispielsweise in Nord-Georgien fortgesetzt würde. Während er die Unzulänglichkeit der Vereinten Nationen bei der Lösung von Krisen kritisierte, erklärte Davutoğlu, dass die Türkei als Verbündeter und Beitrittskandidat der Politik von NATO und EU folgen werde. Das Osmanische Reich hatte die nach der russischen Besetzung vertriebenen Krim-Tataren aufgenommen, die zum Teil bis heute ihre ethnische Identität bewahrt haben.

4. In eigener Sache

Wir möchten Sie auf eine aktuelle Studie zum Thema „[Politikfinanzierung in der Türkei](#)“ sowie ein Interview zum Ausgang der [Kommunalwahlen](#) hinweisen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Michael Meier
© FES Türkei, 2014

